

12625/J XXVII. GP

Eingelangt am 06.10.2022

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Dr. Stephanie Krisper, Michael Bernhard, Kolleginnen und Kollegen

an den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz

betreffend Wo bleibt das endlich zugesagte Kinderbetreuungsgeld für Geflüchtete aus der Ukraine?

Nachdem NEOS mehrmals Verbesserungen für Schutzsuchende aus der Ukraine eingefordert hat, etwa, dass sie Zugang zu Sozialleistungen bekommen oder zumindest, dass sie Überbrückungshilfen aus dem Familienhärteausgleich erhalten (siehe die entsprechenden NEOS Anträge dazu:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/A/A_02534/index.shtml sowie https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/A/A_02518/index.shtml) hat der Nationalrat im Juli bzw. im September endlich beschlossen, dass Geflüchtete aus der Ukraine in Österreich nun Anspruch auf Familienbeihilfe und Kinderbetreuungsgeld haben sollen. Das betrifft rund 79.000 Personen, die seit Kriegsbeginn aus der Ukraine geflüchtet und in Österreich registriert sind, der Großteil davon sind Frauen und Kinder. Die Regelung ist rückwirkend ab 12. März vorgesehen und gilt bis zum Tag der Beendigung des Aufenthaltsrechts der Vertriebenen, längstens jedoch bis zum 4. März 2024 (siehe: <https://orf.at/stories/3275229/> sowie https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/6162845/Reparatur-im-Parlament_Jetzt-auch-Familienbeihilfe-fuer).

Bei der Familienbeihilfe ist keine Anrechnung auf die Grundversorgungsleistungen vorgesehen, wobei offen bleibt, ob dies bundesweit in der Praxis möglich ist, da es dazu verschiedene Regelungen in den Bundesländern gibt. Beim Kinderbetreuungsgeld hingegen ist Informationen des BMI zufolge eine vollständige Anrechnung vorgesehen, was unter Umständen zum Verlust der Grundversorgung führen könnte und demnach problematisch ist. Nicht klar ist allerdings, welcher Bezug wie gewertet werden soll, um eine derartige Anrechnung abzuwickeln beziehungsweise in welchem Ausmaß sich der Bezug des Kinderbetreuungsgeldes dadurch ändert würde; ob es zu Lösungen kommt, die die Grundversorgung als Einkommen während des Bezugs (wie beim einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeld) werten oder wie diese Anrechnung aussehen sollte.

Darüber hinaus ist auch unklar, ob die Finanzämter und die ÖGK für eine potentiell hohe Anzahl an Antragstellungen und Nachverrechnungen gerüstet sind und welcher Rahmen angedacht ist, um Ukrainer_innen bei der Antragstellung zu unterstützen - die Informationsseite und das Formular sind derzeit nur auf deutsch verfügbar (siehe:

<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/agenda/familie/familienbeihilfe/familienbeihilfe-fuer-aus-der-ukraine-vertriebene.html>.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

Anfrage:

1. Wie viele Anträge auf Kinderbetreuungsgeld wurden von Personen, die nach der Vertriebenen-VO registriert sind, gestellt? Bitte um Aufschlüsselung nach Monaten, Versicherungsträgern und Bundesländern.
2. Wie viele davon sind bearbeitet worden? Bitte um Aufschlüsselung nach Monaten, Versicherungsträgern und Bundesländern.
 - a. Ab welchem Zeitpunkt wurde mit der Bearbeitung dieser Anträge begonnen?
3. Wie viele Anträge auf Kinderbetreuungsgeld wurden bereits ausgezahlt? Bitte um Aufschlüsselung nach Monaten, Versicherungsträgern und Bundesländern.
 - a. Wie lange betrug die durchschnittliche Dauer des Verfahrens, von der Antragstellung bis zur Auszahlung?
4. Welche Maßnahmen wurden gesetzt, um Versicherungsträger auf die Antragstellungen und Nachverrechnungen vorzubereiten?
5. Wie hoch ist der Rückstau an Anträgen auf Kinderbetreuungsgeld von Personen, die nach der Vertriebenen-VO registriert sind? Bitte um Aufschlüsselung nach Monaten, Versicherungsträgern und Bundesländern.
6. Gab es Verzögerungen bei den Auszahlungen?
 - a. Wenn ja, warum und in welchem Ausmaß?
7. Erhielten alle Personen, die einen Antrag auf Kinderbetreuungsgeld stellten und nach der Vertriebenen-VO registriert sind, die Auszahlungen rückwirkend ab März 2022?
 - a. Wenn nein, warum nicht?
8. Ist bei allen Versicherungsträgern eine Ausfüllhilfe in ukrainischer Sprache bzw. eine Übersetzung des Formulars zur Beantragung des Kinderbetreuungsgeldes vorhanden?
 - a. Wenn ja, seit wann?
 - b. Wenn nein, ist eine Ausfüllhilfe auf ukrainischer Sprache bzw. eine Übersetzung künftig vorgesehen?
9. Wurde bedacht, dass Geflüchtete iSd Vertriebenen-VO aufgrund des Bezugs des Kindesbetreuungsgeldes die Grundversorgungsleistungen verlieren können?

- a. Falls ja: Mit welcher Erklärung werden Grundversorgung und Kinderbetreuungsgeld aufeinander angerechnet?
 - i. Ist eine Änderung geplant, um Geflüchteten zu ermöglichen, Kinderbetreuungsgeld zu beziehen, ohne jedoch die Grundversorgungsleistungen zu verlieren?
 - ii. Wenn ja, wann?
 - iii. Wenn nein, warum nicht?
 - b. Falls nein: Wie wird diese Information seitens des BMI erklärt?
10. Wie viele Personen, die nach der Vertriebenen-VO registriert sind und Kinderbetreuungsgeld beziehen, haben Grundversorgungsleistungen aufgrund der Anrechnung des Kinderbetreuungsgeldes verloren? (Bitte um Angabe, ob Anteile oder gesamte Grundversorgungsleistungen betroffen waren)
11. Österreich hat nach Angaben der EU-Kommission rund 74 Millionen Euro als Unterstützung für aus der Ukraine Geflüchtete erhalten (siehe: <https://orf.at/stories/3262535/>). Welcher Anteil dieser Mittel wurde bzw. wird dem BMSGPK für die Gesundheitsversorgung Schutzsuchender aus der Ukraine zur Verfügung gestellt?
- a. Wofür wurden bzw. werden diese Mittel konkret verwendet?